75. Jahrgang. Nr. 501 — Dienstag, 24. Oktober 1933

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich RM. 2.00 (einschließl. 70 Pfg. Trägerlohn), durch Postbezug RM. 2.00 einschl. 64 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise: 30 mm breite Grundzeile 36 Pfg., auswärts 40 Pfg. Nachlaß und Rabatte nach Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ermäßigte Preise. Off.-Gebühr 30 Pfg. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Schwache Antwort Macdonalds an Hitler

Immer noch Mißtrauen gegen Deutschland!

London, 23. Oktober. Premierminister Macdonald führte in Crawley (Grafschaft Sussex) in einer Rede unter anderem aus: Großbritannien kann Deutschland ins Gesicht sehen, ohne erröten und ohne sich entschuldigen zu müssen. Die europäischen Völker können sich gleichberechtigt um denselben Tisch setzen. Deutschland muß den Völkern ermöglichen, sich zu verständigen, ohne bei ihnen Furcht und Mißtrauen zu erwecken.

Die britische Regierung wird ihre Versuche, einen Abrüstungsplan zu erreichen, der allgemeine Zustimmung erhält, nicht aufgeben.

Es ist notwendig, daß ein internationales Abkommen getroffen wird und daß gemeinschaftlich eine internationale Zusammenarbeit in Gang gesetzt wird. Wir erwägen einen Meinungsaustausch, der sich nicht gegen Deutschland richtet, sondern auf die internationale Abrüstung abzielt. Hat Deutschland sein letztes Wort gesagt?

Ich nehme die zugunsten des Friedens vom deutschen Kanzler gesprochenen Worte gern an.

Aber war die Handlung Deutschlands, das die ganze übrige Welt ihren Schwierigkeiten allein hinterließ, eine Methode, den Frieden herbeizuführen und Europa das Vertrauen wiederzugeben? Nein. Ich hoffe, daß die erste beste Gelegenheit von Deutschland ergriffen wird, uns durch seine Taten zu beweisen, daß es eine Politik des Friedens verfolgt und lebhaft wünscht, mit den übrigen Völkern zu einer Zusammenarbeit wieder zu gelangen, die ihm weder einen Verzicht auf seine Ehre noch auf seine Selbstachtung notwendig macht.

Im einzelnen erklärte Macdonald in seiner Rede: Ich wünsche, daß vielmehr Leute, die über Frieden sprechen, die Verantwortlichkeit auf sich nehmen würden, ihn zu halten. Ich bedauere tief die Wendung der Ereignisse in Genf. Es wird viel von gebrochenen Versprechen geredet. Niemand, der die Tatsachen kennt, kann wahrheitsgemäß sagen, daß England nichts getan hat, um seine Versprechungen zu erfüllen. Wir haben unsere Armeen herabgesetzt, wir haben unsere Luftstreitkräfte vermindert und niedrig gehalten. Wir haben uns bemüht, die Beschwerden Deutschlands zu beseitigen.

England war immer wieder der Freund, den Deutschland hatte auf dem Wege zu innerer und moralischer Gleichheit.

Ebenso wie bei der Räumung der Ruhr, wie bei der Behandlung der finanziellen Lage in Lausanne hat England dem Glauben Ausdruck verliehen, daß es keinen Frieden in Europa geben kann, daß es keine Regelung in Europa geben kann, solange nicht jede europäische Nation an demselben Tisch unter gleichen Bedingungen unter anderen sitzen kann. Bereits in Genf, als ich den Konventionsentwurf unserer Regierung vorbrachte, habe ich erklärt, daß beide Parteien zur Abrüstung beitragen müssen, ihre Rüstungen herabzusetzen; die nicht gerüsteten Parteien müssen die Besorgnisse ihrer Nachbarn verringern und dafür sorgen, daß Europa sich mehr beruhigt. Nutzlos wäre der Versuch, in freundschaftlichen Beziehungen mit andern Ländern zu leben, ohne sorgfältig zu studieren, wodurch in der Regel Nachbarnationen gereizt werden könnten.

Ich kann behaupten, daß Deutschland niemals große Hindernisse bei der Anerkennung der Gleichheit gefunden hat

oder gefunden haben würde, wenn es bereit gewesen wäre, den Teil zu tun, den ich angedeutet habe. Es gab keinen Vertreter auf der Fünfmächtekonferenz im vorigen Dezember, der geringsten Zweifel darüber hegte, daß die Grundsätze der Gleichberechtigung unter einer Bedingung angenommen wurden, über die die deutschen Vertreter keinerlei Zweifel haben konnten: daß Deutschland in der Zwischenzeit beitrage zu dem Gefühl der Sicherheit der Nationen, die der Abrüstung zustimmen würden. Ich werfe diese Frage nicht auf um des Streites willen. Ich führe diese Tatsache an, damit sie weiterhelfe.

Eden vertritt England in Genf

Die Beratungen des englischen Kabinetts

London, 23. Okt. In der heutigen Sitzung des britischen Kabinetts wurde, wie verlautet, beschlossen, daß Sir John Simon vorläufig nicht nach Genf zurückkehren soll. Der ständige Unterstaatssekretär des Foreign Office, Eden, wird morgen von London abreisen und die britische Regierung bei der Wiederaufnahme der Sitzungen der Abrüstungskonferenz in Genf vertreten.

Es verlautet, daß die internationale Lage als zu ungeklärt angesehen wird, um die Erzielung genauer Entscheidungen zu ermöglichen, besonders angesichts der parlamentarischen Lage in Frankreich und der Tatsache, daß Besprechungen mit anderen Mächten weitergeführt werden. Es scheint, daß die Vertagung der Abrüstungskonferenz für eine unbestimmte Periode in Aussicht steht, und dieser Vorschlag würde, wie verlautet, von dem britischen Vertreter in Genf unterstützt werden.

Das Kabinett tritt am Mittwoch zu seiner allwöchentlichen Sitzung zusammen, um die parlamentarischen Arbeiten der im November beginnenden Sitzungsperiode zu erörtern.

USA. und USSR.

Während sich die politische Krise in Europa noch hilflos im Kreise um die Ereignisse des 14. Oktober dreht, ist fernab von den Wirren der Alten Welt ein Ereignis eingetreten, das nicht weniger bedeutungsvoll und für die Zukunft vielleicht noch schwerwiegender ist. Zunächst sind es nur zwei kurze Briefe, gewechselt zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Vorsitzenden des Vollzugskomitees der Sowjetunion, die diese geschichtliche Wendung angebahnt haben. Und sie bedeuten noch nicht einmal die seit langem in der Luft schwebende amtliche Anerkennung der Sowjetunion durch die Vereinigten Staaten, sondern erst die Einleitung von Verhandlungen zu diesem Zweck. Trotzdem haben die Einladung und die freudige Zusage Kalinins in aller Welt ungeheures Aufsehen erregt, weil sie gerade in diesem Augenblick politischer Hochspannung erfolgt sind und weil sie eine Kräfteverlagerung im Fernen Osten einleiten, die auch für die weitere Entwicklung der europäischen Angelegenheiten nicht ohne Rückwirkung bleiben kann.

Das wird ohne weiteres klar, wenn man den Gründen für die auffällige Wendung in der amerikanischen Politik gegenüber Sowjetrußland nachgeht. Die Vereinigten Staaten haben sich 16 Jahre lang strikt geweigert, amtlich mit den Sowjets zu verkehren, ohne daß ihre Handelsbeziehungen mit Rußland durch diesen Umstand gelitten hätten. Im Gegenteil, der russische Fünfjahresplan ist sogar zum größten Teil mit materieller und personeller Hilfe der USA. durchgeführt worden. Und es gab bis in die letzte Zeit eine Reihe von Gründen, die den Amerikanern ein Abweichen von dieser Art von Beziehungen unratsam erscheinen ließ: die kommunistische Wühlarbeit in den Staaten, die seit den Zeiten Saccos und Vanzettis nicht geringer geworden ist, die Nichtanerkennung der Schulden aus der Zarenzeit durch die Räte — ein Punkt, in dem die amerikanische Geschäftswelt sehr empfindlich ist — und vor allem das sowjetrussische Warendumping in Verbindung mit Sträflings- und Zwangsarbeit. Wenn nun Roosevelt plötzlich geneigt ist, über diese Hindernisse der Vergangenheit wegzusteigen, so ist für diesen Entschluß natürlich die amerikanische Wirtschaftskrise mitbestimmend, und die Hoffnung, in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit einer großen Welle von Russenaufträgen ein gut Stück vorwärtszukommen. Nach alter Gewohnheit winken ja die Russen den Amerikanern schon mit solchen Riesenbestellungen, während sie gleichzeitig den Engländern mit dem Entzug von Aufträgen drohen, weil die Handelsvertragsverhandlungen mit London nicht vom Flecke kommen. Trotzdem ist dieser handelspolitische Gesichtspunkt für Roosevelt nicht ausschlaggebend gewesen. Ein Blick auf die Entwicklung im Fernen Osten führt vielmehr zu der Ueberzeugung, daß seine Schwenkung eine ausgesprochen politische mit antijapanischer Spitze ist. Denn Japan ist mit seinen mandschurischen Unternehmungen und besonders mit der Errichtung eines selbständigen Vasallenstaates auf chinesischem Gebiet weiter in die ausgedehnte amerikanische Interessensphäre eingebrochen, als es für die wirtschaftliche Lage und das Ansehen der Vereinigten Staaten erträglich ist. Bisher hat Washington nur mit drohenden Gesten geantwortet, indem es die amerikanische Flottenmacht im Pazifik zusammenzog und neue gewaltige Seerüstungen ankündigte. Die Japaner haben sich aber dadurch nicht einschüchtern lassen, sondern ihrerseits ein so großes Flottenprogramm aufgestellt, daß dieses Wettrüsten allein schon die Befürchtungen und Gerüchte über nahe bevorstehende kriegerische Verwicklungen hervorrief. Japan schien sich seiner Sache so sicher zu sein, daß es in letzter Zeit sogar wieder in das russische Interessengebiet vorstieß und durch den Hinauswurf der Sowjetbeamten aus der chinesischen Ostbahn weitere Ausdehnungsabsichten erkennen ließ. Diesen Schlag hat die Moskauer Regierung mit der Veröffentlichung von angeblich japanischen Dokumenten über aggressive Absichten der Tokioter Regierung und die Sowjetpresse mit unverhüllten Kriegsdrohungen beantwortet. Und nun haben sich mit den Briefen Roosevelts und Kalinins die beiden durch das japanische Vorgehen bedrohten Weltreiche die Hand gereicht. Auf russischer Seite sind dabei eine Reihe anderer Beweggründe im Spiel gewesen, für die Vereinigten Staaten ist jedoch der Wunsch ausschlaggebend, durch eine gemeinsame Demonstration Japan in Schach zu halten, nachdem es sich herausgestellt hat, daß der Völkerbund dieser eigentlich ihm zufallenden Aufgabe nicht gewachsen ist. Unverkennbar steht damit auch der amerikanische Rückzug von Genf und den europäischen Angelegenheiten überhaupt in engem Zusammenhang. Die Regierung von Washington hat das Gesicht von Westen nach dem Osten gewandt und dort eine schwerwiegende politische Machtverschiebung vorgenommen, die von der amerikanischen und der russischen Presse gleichlautend als eine Maßnahme zur Friedenssicherung im pazifischen Raum bezeichnet wird.

Der Sowjetunion fällt die amerikanische Schwenkung und die nun nicht mehr zweifelhafte Anerkennung durch die Vereinigten Staaten als neuer außenpolitischer Glücksfall in den Schoß. Hat sie sich doch seit Jahren vergeblich

Um das Schicksal des Kabinetts Daladier

Ein Kompromißvorschlag der Regierung – Das Kammer-Viertel in „Belagerungszustand"

Paris, 23. Okt. Die Aussprache in der Kammer hat vor überfüllten Tribünen um 15,30 Uhr wieder begonnen. Die Atmosphäre ist zu Beginn noch verhältnismäßig ruhig. Als erster Redner bestieg der Haushaltsminister Lamoureux die Tribüne, um die Finanzvorlage zu verteidigen.

Auf Ersuchen des Ministerpräsidenten Daladier ist die Kammersitzung kurz nach 19 Uhr unterbrochen worden. Sie wurde um 21,30 Uhr wieder aufgenommen. Die Entscheidung über die strittigen Punkte und damit über das Schicksal der Regierung wird im Laufe der Nacht fallen. Die Neusozialisten versuchen alles, um ihren Einfluß auf die Anhänger Leon Blums geltend zu machen und sie dazu zu bewegen, die Regierung gegen den Ansturm der Rechten zu unterstützen.

Die Regierung hat einem von den Linksparteien, einschließlich der Neusozialisten, ausgearbeiteten Kompromißvorschlag in der Frage der Krisensteuer zugestimmt,

zu dem nunmehr die sozialistische Richtung Leon Blums sich wird äußern müssen. Dieser Kompromißvorschlag sieht eine von 8 bis 9 Prozent ansteigende Krisensteuer für alle Beamtengehälter über 10 000 Franken vor unter Belassung eines steuerfreien Betrages für die in diese Kategorie fallenden niedrigen Bezüge, ferner eine einheitliche sechsprozentige Abgabe auf alle sonstigen festen Einkünfte, sowie einen besonderen Zuschlag von 2 bis 5 Prozent für alle Einkommen über 125 000 Franken. Man erwartet von diesem Kompromiß einen Gesamtertrag von 1010 Millionen Franken.

Die für Montag nachmittag angekündigte „Massenkundgebung der Steuerzahler" ist ein Fiasko geworden. Dafür haben die Organisatoren dieser Freiluftveranstaltung es aber fertig gebracht, die gesamte Pariser Polizei, Gendarmerie und Bürgergarde zu mobilisieren. Der ganze Stadtteil in einem Umkreis von etwa einem halben Kilometer um die Kammer herum ist seit 18 Uhr in den „Belagerungszustand" versetzt. Etwa 2000 bis 3000 Polizeibeamte haben sämtliche Zufahrtsstraßen abgeriegelt. Bürgergarde zu Pferde hat in Truppen von je 30 bis 40 Mann an den verschiedenen „strategischen Punkten" Aufstellung genommen. Die Hauptauffahrtsstraßen sind durch Polizeilastkraftwagen abgesperrt, so daß nur noch Platz für ein einziges Automobil übrig bleibt. Auf der Esplanade des Invalidendomes sind 40 bis 50 mit Militär besetzte Lastkraftwagen zusammengezogen.

Das ganze Stadtviertel gleicht einem großen Heerlager.

Zwischendurch sieht man Stafettenfahrer auf Motorrädern, Automobile des Ueberfallkommandos und die große Limousine des Polizeipräsidenten und des Direktors der Sicherheitspolizei, die sich persönlich von der Organisierung der getroffenen Sicherheitsmaßnahmen überzeugen. Bis 17 Uhr war es nirgends zu Zusammenstößen gekommen. Einige 30 bis 40 Autobusse von Privatverkehrsgesellschaften, die sich an der Protestkundgebung beteiligen wollten, stehen fein säuberlich hinter der Absperrungskette.

Man muß mehrere Sperrketten passieren, um bis in den Vorhof der Kammer zu gelangen. Die großen Filmgesellschaften sind mit Tonfilmapparaten aufgefahren. Ueber dem Ganzen kreist ab und zu ein Polizeiflugzeug

und verleiht dem Schauspiel einen etwas dramatischen Charakter, den es absolut nicht verdient. Auf dem rechten Seineufer gegenüber der Kammer haben sich Hunderte von Schaulustigen angesammelt, die sich dieses seltene Schauspiel nicht entgehen lassen wollen.

Einheitsgewerkschaftsfront an der Saar

Saarbrücken, 23. Okt. Die Gewerkschaften und Berufsverbände, die für die bedingungslose Rückgliederung des Saargebietes sind, haben sich zu einem Block zusammengeschlossen und bilden nunmehr eine Deutsche Gewerkschaftsfront.

Dr. Goebbels spricht in der Ostmark

Frankfurt an der Oder, 24. Oktober. In einer von vielen Tausenden besuchten Wahlkundgebung der NSDAP. sprach am Montagabend Reichsminister Dr. Goebbels. Die Ausführungen des Ministers, der etwa 2½ Stunden, oft von stürmischem Jubel unterbrochen, sprach, bewegten sich inhaltlich im großen und ganzen im Rahmen seiner großen Sportpalastrede vom Freitagabend.